

**Anfrage**

Öffentlich

Datum

14.05.2014

Nummer

2960/14

Absender

DIE LINKE.  
Rathaus  
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

27.05.2014

Betreff / Beschlussvorschlag

**Kita-Entgeltfreiheit beibehalten**

Aufgrund eines Beschlusses von CDU, FDP und DIE LINKE. wurde der Kindergartenbesuch zum 01.08.2011 entgeltfrei gestellt. Dieser notwendige Schritt in Richtung Beitragsfreiheit für eine wichtige Bildungseinrichtung wurde von Vertretern von SPD und Grünen von Anfang an kritisiert, obwohl sämtliche Programme dieser Parteien ebenfalls einen kostenlosen Kita-Besuch vorsehen.

Zum Haushalt 2012 kam es dann zum Antrag der LINKEN. auch den Krippenbesuch für Haushalte mit geringem Einkommen entgeltfrei zu stellen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU beschlossen, die damit anschaulich unter Beweis stellte, dass es ihr 2011 nicht um Beitragsfreiheit, sondern um wahltaktische Manöver ging.

Im September 2012 wurde dann erstmalig von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann und Sozialdezernent Markurth die Wiedereinführung der Kindergarten-Entgelte ins Gespräch gebracht. Dem folgten Workshops, an denen mit Ausnahme der Linksfraktion, alle anderen Fraktionen teilnahmen und neue Entgeltstaffeln erarbeiteten. Und zum Haushalt 2014, der von CDU, SPD und Grünen getragen wurde, kam es dann auch zum Beschluss, dass bei schlechter werdender Haushaltslage wieder Kindergarten-Entgelte eingeführt werden.

Der vorläufige Höhepunkt auf dem Weg zur Wiedereinführung der Kindergarten-Entgelte war nun die Erklärung der OB-Kandidaten von SPD, GRÜNEN und BIBS, genau dies tun zu wollen. Da die Fraktionen der genannten Gruppen/Parteien im Rat eine Mehrheit haben, ist davon auszugehen, dass zeitnah die Wiedereinführung der Kindergartenentgelte beschlossen wird.

Als Grund für die Wiedereinführung wird von diesen Parteien angeführt, dass mit den Einnahmen eine Qualitätssteigerung in der Betreuung und eine Verbesserung der Förderung durch Bund und Land erreicht werden soll.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Befürwortet die Verwaltung die Beibehaltung der Entgeltfreiheit, die Einführung neuer Staffeln bei Deckelung der derzeitigen Gesamtentgelte oder die Einführung von Staffeln mit einem Gesamtvolumen der Einnahmen wie vor 2011?
2. Welche Gesamtkosten würden entstehen um gesamtstädtisch die „dritte Kraft“ in den Kitas einzustellen?
3. In welchem zeitlichen Rahmen wäre eine flächendeckende Einstellung der „dritten Kraft“ unter Beachtung der Arbeitsmarktlage möglich?

Udo Sommerfeld,  
Fraktionsvorsitzender